ambunger (

## Die Konferenz in Spa.

Der Biederaufban Guropas - Rerupuntt der Ronfereng. Einem Drahtbericht bes "Vormarts"-Berichterstatters in Spa entnehmen wir:

Bloyd George hat sich für eine gründliche Beratung in mindeftens 10 Tagen eingesett, gegenüber einer fehr kurgen Beratungszeit, für die Millerand eintrat. Llogd George verwies sofort auf die unsichere Grundlage ber geplanten Anleihe, wenn feine völlige Klärung erfolge, und auf die ab-Iehnenbe Haltung Amerikas zur Teilnahme an diefer Anleihe, im Falle der Durchpeitschung der Frage.

Minister Simons stellte nach Schluß ber Sitzung ben deutschen Pressebertretern den ersten Gindrud dahin zufammen: Richt optimiftifc, aber nicht hoffnungslos. Benn in Spa keine Grundlage zur Verständigung geschaffen werde, könne man mit der Zerfchmetterung Guropas rechnen. Der Minister war der Ansicht, daß vor allem die zerstörten Gebiete Frankreichs, diese offene Wunde am Leibe Guropas, wieder aufgebaut werden müßten. Auf die Frage bes Berichterstatiers bes Berliner "Lofalangeigers", ob ein technisches Aufbauprogramm borhanden wäre, fagte ber Minister, bag er fich fehr eingehend mit biefer Frage beschäftigt habe. Sie sei heitel und konne leicht falsch aufgefaßt werden, wenn Deutschland von sich aus ein solches Programm entwicke. Gs foll bei einem Teil ber frangösischen Delegation die Weigerung bestehen, sich über ein solches Programm ernsthaft auseinanderzusehen. Wahrscheinlich wird die Erörterung aller dieser Dinge ber Fachtommiffion borbehalten fein.

Es scheint, als ob mit der Anwesenheit der Premierminister nur bis Donnerstag zu rechnen ift. Bis dahin magte eine grundfähliche Einigung erfolgt sein. Die Einzelarkeit aber bleibt bei ben Kommissionen, die dann ihre Ergebnisse in den großen Minificrsihungen vorzulegen hätten.

(Weitere Drahtmelbungen.)

Meickstanzler Fehrenbach empfing Wontag nachmittag in seiner Leinen Villa die Vertreter der nichtbeutschen Presse und banach die deutschen Journalisten. Die Ansprache des Reickstanzlers an die nichtbeutschen Pressertreter wurde von Dolon metschern sakweise ins Englische und Französische übertrigen. Den wesenklichen Inhalt gab Fehrenbach dann den deutschen Berichterstattern befannt. Er lätzt sich in zwei Sätzen zusammenfassen: Deutschland wird den Vertrag erfüllen, soweit es ihn für erfülldar hält. Dazu braucht es Kahrungsmittel und Kohstoffe. Den beutschen Journalisten ergählte Fehrenbach auch seinen Gindrud von der letten Sitzung. Sie war ohne jede Feierlichkeit und gang geschäftsmäßig. Die Deutschen wurden korrekt und unpersönlich behandelt.

BIB. Spa, 6. Juli. Die nächste Konferenz findet heute nachmititag 3½ Uhr im Schloß de la Freineuse statt. Es kommt babet die militärische Frage zur Behandlung. An der Sizung werden noch die dis dahin erwarteten Keichswehrminister Gehler sowie General von Seedt teilnehmen.

WTB. Spa, 6. Juli. Die belgischen Morgenblätter bringen ASTB. Spa, 6. Juli. Die belgischen Morgenblätter bringen alle Berichte über die gestrige erste Sikung, größtenteils unter Anlehnung an das amtliche Kommunique mit unwesentlichen Abweichungen. Die Beriagung der Konferenz wird disher nicht kommentiert, immerhin deuten Ueberschriften, wie z. R. "Sin Theatercoup", "Der erste Zwischenfall", barauf hin, wie man die Sache auf der allierten Seite beurteilt wissen will. "Le Soir" bringt in Sperrbrud eine anscheinend offizielle Rosiz, worin es heißt: Die Deutschen hatten die Ankunst des Reichswehrministers Generals don Seedt verschoden. An diesem Umstand kontente die Sikung. Das hemeilt auch die Krimvillaleit der scheiterte die Sidung. Das beweist auch die Ginmütigkeit der Milierten in diesem Punkte, wobei man besonders die Energie, womit Rohd George der deutschen Delegation den unbeugsamen Willen der Alliierten bezüglich des Programms der Konferenz mitteilte. beachtete.

Beachtenswert ift eine gewiffe Nervosität, die in ben Musführungen aller belgischen Blatter angesichts ber bevorstehenden Krörterung der Frage der Wiedergut machung sich zeigt. Man sürchtet in belgischen Kreisen anscheinend, daß der belgissiche Borrang auf Zahlung von 2½ Milliarden seitens Deutschlands irgendmie hinwegdisputiert oder, wie es im Beure" heißt, burch Schaffung neuer Prioritäten wertlos werben könnte. Besonders scharf wird diese Ansicht in der Unter-redung ausgedrückt, die der Vertreter des "Soir" mit den Winistern Jaspar und Shmans hatte. Jaspar er-Kärte: Vor allem möchte ich Ihnen sagen, daß ein Haupipunkt, der bisher von niemandem, wenigstens formlich bestritten wurde, den man aber bereits in gewissen Kreisen diskutierie, der ist, ab Belgien 21/2 Milliarden erhalte. Belgien wird nicht auf die Priorität dieser 21/2 Milliarden berzichten. Durch ein Sonder-abkommen, das am Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Verfailles abgeschlossen wurde, erhielt unser Land seitens der Bereinigten Staaten, Frankreichs und Groß-britanniens die formelle Zusicherung, daß es, wie bei der ersten beutschen Zahlung, vorweg einc Gelbent-schädigung in Sohe von 21/2 Milliarden besommen folle. Belgien unterzeichnete ben Friedensvertrag, weil es bieje formelle Zusicherung bekam und weil die Allijerten sich berpflichteten, ihm die Kriegsichulden zu erlaffen. Ueber biefen Bunkt wird die belgische Regierung niemals mit sich handeln lassen. Der Minister erklärte weiter, daß es doch nicht anlassen. Der Minister erslarte weiser, das es doch nicht angängig sei, Belgien unter dem Vorwande zu benachteiligen, daß es sich besonders gut wieder erholte. Das habe es nur seiner eifrigen Arbeit zu berdanken. Die Ausführungen schließen mit dem üblichen Appell an die Alliierten und Freunde, die nichts Ungünstiges tun würden. Zum Schluß sagte Jaspar: Und jeht hoffen wir, daß wir dazu kommen, die Ziffer der deutschen Schulb festzusehen und Mahnahmen zu treffen, daß ihre Zahlung ermöglicht wird zum Besten von allen, zum Keisen von Deutsölland. wie zum Besten für und selbst. zum Beften von Deutschland, wie zum Beften für uns felbit.

#### Stinnes bei Millerand.

BTB. Paris, 6. Juli. Habas. Der Sonderberichterstatter des "Matin" in Spa telegraphierte seinem Blatte: Gestern hatte Hugo Sinnes, der bon Köln gekommen war, eine lange Bu-fammenkunst mit Millerand. Dieser empfing ihn im franzöifchen Quartier. Stinnes feste Millerand feine Blane über bie Biederherstellung ber verwüsteten Gebiete aus-einander. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft intereffiert burch bas von Stinnes entwidelte Shitem einer internationalen Mitwirbung.

Danzig nicht mehr auf der Tagesordnung.

BEB. Spa, 6. Juli. Bon zuständiger deutscher Geite wird migeteilt: Bei ber gestrigen ersten Sizung der Konferenz war als lester Programmpunkt die Dansiger Frage aufgestellt. Die deutsche Delegation erhob dagegen keinen Einspruch, da angenom-men werden konnte, daß in Verbindung damit sämiliche schwebenden Oftfragen erörtert merden sollten. Da es sich um ein Di f verständnis handelte, ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abge set worden, und die bereits hergebetenen Gachberständigen werden ihre Reise hierher nicht antreten.

Die Berteilung der Ariegsentschädigung.

WEB. Spa. 6. Juli. Millerand empfing den italieni-fchen Bertreter, Grafen Sforza, und hatte eine Besprechung mit Llond George. Die Sachverständigen versuchten, den in Bruffel aufgestellten Grundsat, betreffend die Berteilung ber bentichen Entichäbigung, zur Anwendung zu bringen. Sie waren fich flar darüber, daß das Prioritätsrecht auf 21/2 Milliarben Goldmark, bas ber Bertrag von Berfailles Belgien gewährt, wenn es ohne Mönderung aufrechterhalten wurde, bazu führen wurde, daß die erste zur Tilgung der deut-schen Schulb bestimmte internationale Anleihe vollständig zur Sicherstellung bes Belgien gewährten Privilegs bienen würde. Infolgedessen schlug man Belgien vor, daß das Vorzugsrecht bei-behalten werden soll mit dem Vordehalt, die Summe in mehrere

Teilsummen zu zerlegen, beren Bezahlung allmählich erde eitst um men zu zeriegen, deren Bezagtung aumuglub et-folgen soll. Unter dieser Boraussekung würden die Engländer mit dem achtprozentigen Anteil von Belgien einberstanden blei-ben, wie er in Brüssel sestgesekt ist. Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden. Am Schlusse der Zusammenkunft der finanziellen Sachberständigen wurde die italienische Note geprüft, in der der Standpunkt Italiens zur Berteilung der Entschädigung dargelegt wird.

WEB. Am ferbam, 6. Juli. Der Korrespondent ber "Times" in Spa melbet seinem Blatte, baß sich die Allierten, bebor sie nachmittags die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten fortsehen, vormittags untereinander beraten werden. In dieser Sihung soll die türfische Frage dur Besprechung kommen und nach einer anderen Frage die Entschädigung von neuem ver-

## Deutscher Reichstag.

(Bon unserem parlamentarischen Mitarbeiter. Reichstagssehluß bis 28. Juli.

Da nach Abreise bes Bigekanglers Beinge insgesamt 7 Meichsminister im Auslande weilen, hat sich der Reichstag heute im Einberständnis mit allen Fraktionen bis zum 28. Juli bertagt. Erst dann werden also u. a. die Interpellationen über die Lebensmittelberforgung, über die Arbeits. losigkeit und über die Wohnungsnot erledigt werden. In der kurzen Sitzung am Dienstag verabschiedete das Haus ein Geset, das einige Härten beim Steuerabzug beseitigt. Auch die Ungerechtigkeit ist beseitigt, daß die hohen und höchsten Einkommen auch nicht mehr als 10 p3t. abgezogen erhalten. Es werden & B. bei einem Monatseinkommen bon 5000 M monatlich 1250 M abgezogen. Bei einem Einkommen von 20 000 M beträgt der monatliche Abzug 8000 M usw. Die Unabhängigen leisteten sich wieder ein Glanzstud ihrer Politik. Sie stimmten nämlich ausdrücklich gegen den Paragraphen des Gesetzes, der diese hohen Abzüge bei den hohen Einkommen festlegt. Ueberhaupt war ihr Verhalten wenig flar. Von Rednern aller Parteien mußten fie fich fagen laffen, daß fie im Ausschuß erklart hatten, bem Gesehentwurf nicht gu miber sprechen, nun stimmten sie im Plenum doch dagegen. Ueberhaupt hatten die Unabhängigen am heutigen Tage wieder einen Ablehnungstoller um jeden Preis. So stimmte ihre Fraktion gegen bas Diätengefet, weil sie es als des Parlaments für unwürdig erklärte, daß für das Fernbleiben bon einer Sitzung 50 M abgezogen wurden. Der Protest gegen das Gesetz wird die Unabhängigen bessenungeachtet aber nicht hindern, pünktlich ihre Diaten zu erheben. Sparsamteit tann übrigens ihr Verhalten nicht bestimmt haben, benn im Ausschuß hatten sie wenig weitergehende Anregungen gegeben. Auch ein Gesethentwurf, ber einem Ausschuß des Reichsrats und des Reichstages vorübergehend das Mecht geben sollte, gesesliche Wahnahmen zur Negelung bes Ueberganges bon der Ariegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu treffen, fand feine Gnabe bei ben Unabhängigen. Sie widersprachen der sofortigen Bornahme der britten Lejung, so bag ber Gesethentwurf vertagt werden mußte. Der einzige Erfolg diefer Taktik ist, daß der volkswirtschaftliche Ausschuß berhindert wird, in der Pause bes Reichstages wichtige wirtschaftspolitische Nahnahmen zu treffen, und daß die Re-gierung größere Freiheit hat, als bei Annahme des Geseh-

Die furze Situng wurde geschlossen mit einem eindringlichen Aufruf des Prafibenten Lobe an die Dit- und Westpreußen, am Abstimmungstage, bem 11. Juli, bem beutiden Baterlande tren zu bleiben. Löbes begeifternde Beredfamkeit gebung hin.

(Telephonischer Bericht.)

2 Sitzung. Berlin, & Juli, nachmittags 3 Uhr. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Soch (GD.) ob ber Regierung die im "Borwaris" bom 6. Marg mitgeteilte Tatface über enorme Ueberpreife ber großen Gijen. und Stahlindustriellen mährend des Krieges bekannt sei, erwidert der Regierungsbertreter, daß eine Kom-mission im Oktober 1919 die Angelegenheit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hat. Präsident Libe macht hierauf Mitteilung von einem

Telegramm des Reichstangters

bas bie Minifter Beinge und Gehler nach Spa ruff. Der Aeltestenausschuß hat daraufhin beschlossen, die Beratungen bes Reichstages zu unterbrechen und erft nach Mbschluß ber Berhandlungen in Spa wieder aufzunehmen. Das Haus erflärt fich damit einberstanden.

Die Besprechung der Interpellationen wird abgesetzt und es tommt gunachst ein schleuniger Untrag aller Bars teien mit Ausnahme ber USB. gur Berhandlung, ber eine

Ergänzung zum Stenerabzug bom Arbeitslohn Bringt. Danach hat bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern der Steuerabzug im Falle der täglichen Berechnung des Arbeitslohnes für 5 M. im Falle wöchenklicher Berechnung des Arbeitslohnes für 30 M und im Falle monatlicher Berechnung für 125 M zu' unterbleiben. Außerbem erhöht sich der abzugsfreie Betrag für jede zum Haushalt gehörige Person im ersten Falle um 1,50 .M., im zweiten Falle um 10 .M. und im dritten Falle um 40 .A. Ferner wird beantragt, daß eine starke Staffe-Lung für den Abzug Plat greift, die dis 30 000 M. 15 pRi., dis unterbleiben. Außerbem erhöht sich der abaugsfreie

1 000 000 M 55 pgt. beträgt. Sichhven (USP.): Wegen bes Steuerabzuges find schon Streifs ausgebrochen. Für alles das trägt die Regierung die Verantwortung, die diese Ausnahmegesete gegen die Arbeiter erlassen hat. Wir verlangen Aushebung der gesamten Bestimmungen über den Steuerabzug. (Beifall bei den USP.) Brann-Franken (SD.): Aus den Ausführungen des Vor-

redners ergibt fich, bag in ber Unabhängigen Bartei gwei Rich tungen find, eine, die ben heutigen Entwurf ablehnt, und die andere, die ihn im Ausichuß angenommen hat. (Bort, hörtl) In diesem Gesehentivurs wird eine Neihe von Fortschritten gegenüber dem bestehenden Gesetz geschaffen, ganz besonders ist die Ungerechtigkeit beseitigt, daß der Abzug in gleicher Söhe dis zu den höchsten Gehaltsennpfängern ersolgt. Dies ist durch eine starke Progression, die die zu 55 pat. steigt, jeht abgeschafft

ven. (Beifall.) Die Abgeordneten Diiwell und Frau Ziegler (USB.) bestreiten, als Ausschuhmitglieder für ben Gesehentwurf eingetreten

Niedmiller (SD.) bestätigt die Ausführungen des Abge-ordneten Broun. Ebenso Abgeordneter Nieser (DNA.). In der Abstimmung wird die Vorlage in allen drei Lesungen

angenommen gegen die Stimmen ber USB. Ge folgt die Diatenworlage für die Mitglieder des Reichstages. Sie follen eine monatliche Entschädigung von 1500 M erhalten. Für jeden Tag, an dem fie an der Sigung nicht teilgenommen haben, werben 50 Mabgezogen. Lebebour (USP.): Wir find gegen den Abgug, da bieg

eine Straffestifehung für bie Bolfsvertreter mare. Bir werben deshalb gegen bas Gesetz stimmen. ber Gefamtabftimmung wirb bas Gefet gegen bie

Stimmen ber Unabhangigen angenommen.
Der Gefeieniwurf über bie Ausbehnung ber Meifibegünftigungen wird in allen brei Lejungen ohne Aussprache

Es folgt ber Entwurf eines Gefebes über bie

vereinfachte Form der Bejetgebung. Für die Bwede der Uebergangswirtschaft wird die Regierung er-mächtigt, einen Ausschuß von 24 Mitgliedern einzusehen, der in Abwesenheit des Keichstages die notwendigen Gesetze der-

Frau Bien (USP.): Wir find bagegen, daß einer Kom- ! mission so weitgehende Vollmacht gegeben wird. Wir verlangen, daß alle wichtigen Entwürfe dem Plenum vorgelegt werden. Die Abgeordneten Ledebour und Dr. Rosenselb (USP.) erheben Einspruch gegen die Vornahme der sofortigen dritten

Der Präfibent bittet um bie Ermächtigung, die nächste Sitzung und beren Tagesordnung felbft gu bestimmen. Dann gebentt ber Prafibent in warmen Worten ber am nächsten Sonntag stattfindenden Abstimmung in Oft und Best. preußen. Möge die Abstimmung eine gewaltige, übermächtige Kundgedung für das Deutschtum in den Ostmarken werden. Ost-preußen! Bestpreußen! bleibt geireu! (Lebhafter Beisau, Banbeflatiden.) Schluß 4 Uhr.

# Politische Nachrichten.

Rordichleswigs Uebergang an Danemart. Der "Deutschen Allg. Zeitung" wird aus Ropenhagen ge-

Nach einer beim Ministerium bes Aeußeren eingetroffenen Nach einer beim Winisterium des Aeußeren eingetroffenen Rachricht wurde der Vertrag zwischen den Allierten und Dänemark über die neue deutsche dänische Erenze Montag vormittag in Baris unterzeichnet. Man nimmt an, daß der Kurier, der den Bertrag nach Dänemark überdringt, am Donnerstag in Kopenhagen eintreffen wird. Dann soll noch am gleichen Tage eine Staatsratssitzung stattsinden, in der der König das Dokument unterzeichnen wird. Dieser Tag wird als der "Wiederbereinigungstag" mit Glodengeläute, Festgottesbienften und Bolfs festlichkeiten im ganzen Lande begangen werden. Am solgenden Tage wird der König nach Kolding reisen und auf dem viel erwähnten Schimmel, den ihm der Lehngraf Dannestjolds-Samsoe zu diesem Tage zur Verfügung gestellt hat, über die

Grenze reiten. Am Sonnabend findet das Fest auf den Düppeler

Rene Millionen für die Wafferstragen.

Der Breußischen Landesversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Vollendung des Mittellandfanals zugegongen. Er fordert 242,8 Millionen Mark für den Weser-Elbe-kanal, weitere 25,2 Millionen Mark für den Ausbau des Ihle- und Plauer Ranals, 18 Millionen für den Mus bau des Ober-Spreekanals, 10 Millionen für die Ber-besserung der Anlagen und 10 Millionen zum Zwed des Ankaufs bon Grundstüden; im ganzen 306 Millionen Mark.

Für die Berlängerung der Oberwasserstraße unterhalb Bressau und für die Schaffung weiterer Stauerräume sordert ein der Preußischen Landesbersammlung zugegangener Gescheniwurf 40 Millionen Mark. Für den weiteren Ausbau des Schleppbetriebes auf dem

Rhein . Befer . und Elbetanal fordert ein ber Breugi.

schen Landesversammlung zugegangener Gesetzeniwurf weitere Der demolratische Prafidentichaftstandidat der Union Reuter meibet aus San Frangisto, wo ber Ronvent der

bemofratischen Partet togt: Gomberneur Cog ift gum bemofratischen Randibaten für bie Brafibenischaft gemahlt worden. Damit bfirfte die Randibatenlifte für die im Oftober ober Robember finitfindende Dahl bes ameritanifden Ctaatsoberhaupts abgefoloffen fein. Für die Republisaner fandidiert Senator Darding, für die Sozialiften Genoffe Debs, über beffen Ernennung im Buchthaus, wo er für eine pazifilifiche Rebe buben muß, wir gestern berichteten.

### Prenhische Candesversammlung.

(Telephonischer Bericht.)

Beratung des Staatshaushaltsplanes. 148. Situng. Dienstag, 6. Juli, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch Severing, Lüdemann, Oejer. Das Haus erledigt zunächst zahlreiche Anfragen, beren Beantwortung, wie immer in diesem Hause, in einer Form und bei fo großer Unruhe erfolgen, daß die Bericht-

erstattung unmöglich ist. Eine Reihe kleiner Borlagen, wie Entlastung der Oberrechnungskammer und Aehnliches, wird durch Kenntnis-Der Rathaushalt wird ohne Aussprache bem Staais-

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Reststellung des Staatshaushalisplanes für das Rechnungsjahr 1920.

Bur Geschäftsordnung beantragt Dr. Rabe (DDB.): Ueberweisung des Haushalts für 1920 nebst den dazu barliegenden Gesehentwürfen an den Haushaltsaussächuf, und zwar ohne Aussprache. — Wenn wir auch zu dem Ergebnis der Verhand. lungen in Spa nur fleine Hoffnungen haben konnen, jo muß boch alles bermieden werden, was geeignet ift, ein gunftiges Ergebnis für Dentschland in irgendeiner form zu gesährben. Die Zeit gebietet, daß die Preußische Landesversammlung und das Bolt geschlossen auftreien. Dem kann durch Annahme unseres

Antrages Ausdruck gegeben werden. (Beifall.) v. d. Often (DNB.): Der haushalt muß beraten werden. (Große Unruhe links.) Wir stellen die Partei nicht über das Baterland. Es muß hier mal eine icharfe Rote angeschlagen werden. (Anhaltende große Unrube.)
Siering (SD.): Wir sind gegen den Antrag Rade, weil wir

nicht einsehen tonnen, warum unfere Berhandlungen ungunftig Borich (3.): Bir find einstimmig ber Auffaffung, daß die

Beratung berichoben werben muß. Das Rand intereffiert sich sicher mehr für Spa als für uns. (Beifall.) Audwig (USP.): Wir legen gerade jest Wert barauf, Wahrheiten aus dem Feuster herauszuschreiten. Dr. v. Krause (DBP.): Auch wir wollen alles bermeiden, was irgendwie den Verhandlungen in Spa schaden könnte.

Da der Antrag der Demofraten auf Widerfpruch ftogt, tann geschäftsordnungsmäßig eine Abstimmung barüber nicht erfolgen. Daber tritt bas haus in die Beratung bes haushalts ein.

Finansminister Litbemann: Die wichtigften Verwaltungen Preugens sind in Fortfall gekommen. Das unterscheibet den gegenwärtigen Saushalt erheblich von dem früheren. Die End-ziffern zeigen in Einnahme und Ausgabe 5,6 Milliarden gegen-über 9,6 Milliarden im Borjahre. Der Abschluß für 1919 wird fich voraussichtlich noch ungunstiger stellen, als der der Borjahre. Bei ben Gifenbahnen allein muß mit einem Tehlbetrag von 8,9 Milliarden gerechnet werden, die Erwerbslofen -fürsorge belastet uns mit 118 Millionen, der neue Haushaltsplan halt sich mit 5,6 Milliarden äußerlich bas Gleichgewicht Die Baupteinnahme ftellt der Anteil Preugens an der Reichseinkommensteuer im Betrage von 2148 Millionen. Trot Einsschränkung des Staatsbetriebes und des Beamtenapparates sind insgesamt 4450 neue Beamtenstellen erforderlich gewesen, odwohl überall nach dem Grundsatz strengter Sparsamteit derschren worden ist. Die fundierten Schulden belaufen sich auf 10,6 Milliarden, die schen nach Durchführung des Eisenbahnbertrages an das Reich über, so daß Preußen dann schulde nicht en frei dasteht. Leider wird die Staatswirtsaft sich aber nicht in den Rahmen einsügen, den der Haushaltsplan gezogen hat. Schon die Bestolbung sreform mit einem Gesamtauswad von 4048 Millionen geht weit über den beranschlagten Vetrag hinaus, denn bon dieser Summe bleiben 1531 Millionen ungedeckt. Abgesehen einkommensteuer im Betrage bon 2143 Millionen. Trot Ginbon biefer Summe bleiben 1531 Millionen ungededt. Abgefeben babon hat sich bie Finanglage burch neue Forderungen verschlech tert, für die auch noch seine Deckung gefunden ist. An laufenden Ausgaben sind durch bie neuen Tarifberträge für die Angestellten 200 Millionen hinzugekommen, für die Sicherheitspolizei mehrere 100 Millionen, und 180 bis 200 Millionen für die Erwerdslosenfürsorge; dazu kommen 600 Millionen für Tu m ult schäden, etwa 61 Millionen für den Klein wohn ung sbau. Während der horliegende Haushaltsplan mit 5,6 Milliarden balanciert und dabei noch eine Referbe von 526 Millionen für Besolbungsvorlagen bereit fieht, find in den perflossenen Mongten über 2 Milligeben ungebedte schluß von Tarifperträgen erhoben wurden, übermunden werden.

neue Anforderungen entstanden. Volke hat man es immer noch nicht begriffen, daß auch der Staat arm ift, wenn das Land arm Und Preußen ist ein armes Land. Preußen ist heute nur noch ein Glied bes werdenden beutiden Einheits staates, benn es hat wichtige Ginnahmequellen an das Reich abgegeben und erhält von der Reichseinkommensteuer nur nach fest begrenzte Anteile. Daburch wird die Finanzlage Preußens ernst, ebenso die der Gemeinden, die nicht Zuschläge zur Einstemmensteuer erheben können. Das Reich hat sich allerdings bereiterkart, auf unser Drängen von den auftommenden Beträgen außer Einkommensteuer einen halben Jahresbetrag zur Berfügung zu stellen, aus dem Preusen vorzugsweise die Gemeinde verbände befriedigen wird. Die Gemein den werden auf entlastet burch Preugens Uebernahme eines erheblichen Teiles ber Boltsichullast ber Gemeinben im Gesamtbelrage bor 1400 Millionen. Die Erschliefung neuer Ginnahmen soll burch Erhöhung ber Gebühren und der Geldstrafan erreicht werden. Vor allem müssen aber die Ausgaben auf das Neußerste eingeschränkt werben. Die bisherigen Instanzenzuge kann sich ein verkleinertes und verarmtes Preußen nicht mehr leisten. Der Abdau wird auch von den Zentralsiellen durchgeführt werden müssen. Dier kann das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, sphald die Wasserstraßen an das Reich übergegangen sind, feine Tätigkeitein stellen. Nur ein einheitliches Ministerium für die wirtschaftliche und soziale Or eingerliches Attiliterium für die bitrigaftinge und besteit Derganiserung der Arbeit ist noch nötig. Bei Durchführung dieser Neuorganisation und des Achtfundentages, ferner bei Abschaffun der behördlichen Schwerfälligkeit und bei möglichst weitgehender Durchführung des Grundsabes der gröhten Leistung bei kleinstem Auswand braucht Preuhen dann auch künstig noch nicht zu der-

Wolbt (SD.): Einem vorzeitigen Auseinandergehen der Landesbersammlung würden wir nicht zustimmen, denn wir sind gewählt, um Preußen eine Berfassung zu geben. Auch die Bahlgesetze, der Saushalt, die Vertretung der Prodinzen im Reichsrat und eine Anzahl anderer Verwaltungsgesetze müssen Reichstat und eine Anzahl anderer Verwaltungsgelese Musten noch durchgeführt werden. Gegenüber der rüdsichtslosen Varteitatist der Unabhängigen geht der Ernüchterungsproze bei der Arbeiterschaft erfreulich vorwärts. Im Sinblid auf Spasselle ich entreichter und Kriegshetzer auch in Preußen politisch und parlamentarisch in der Minderheitsschen Und Kriegshetzer auch in Preußen politischen Kräfte, die zum Wiederausbau der Völker und Befestigung des Völkersriedens ehrlich bereit sind. Vinter und Besestlung des Völkersriedens ehrlich bereit sind. Vinter sind gegen den Abbau der Zwangswisten gesten Werden fönnte, verlangen wir Gemein wirtschaft dast. Nicht ein Abbau der Löhne, sondern eine Regulierung der Lebe nom ittelpreise ist nötig. Der Ausgangsbunkt sür alle Geschgebungen muh immer das Wahl der Arbeiterschaft seine Daran haben die Wahlen nichtsgeändert. (Beisall bei den SPD.)

Richt (3.): Auf politische Fragen gehe ich nicht ein. Der Etat macht äußerlich einen guten Eindruck. Tatsächlich ist jedoch die Deckung des Mehrbedarfs der neuen Besoldungsordnung nicht gegeben. Das Bolf muh sich flarmachen, das es endlich wieder aufwachen heißt zur Spaziamseit, Arbeitssfreudigseit, Sitte, Ordnung und Ruhe. (Beisall im Bentrum.)

Doministus (DDR.): Wir bedauern, das der Abgeordnete Dr. Friedderg mit seiner unerreichten Beherrschung des Stoffes hier noch burchgeführt werden. Gegenüber ber rudfichtslofen Partei-

Friedberg mit seiner unerreichten Beherrschung des Stoffes hier den Saushalt nicht mehr behandeln kann. (Lebhafte Zustimmung bei den DDK.) In die politischen Fragen mischen wir uns nicht ein. Die Unverantwortlickleit der demokratischen Partei an der politischen Mitarbeit ist trop ihrer Niederlage im Wahlkampf nicht erwiesen. (Beisall bei den DDK.) b. d. Osten (DNK.): Das Finanzbild Preußens ist er

schlreiche neue Beamtenstellen vorgesehen sind? Das alte Regime war ungleich sparsamer. Dem Wahlausfall muß durch eine entspreichende Ernennung von Landräten und anderen Beamten Rech-spreichende Ernennung von Landräten und anderen Beamten Kech-nung getragen werden. Das Ministerium arbeitet aber nicht nach demokratischen Grundsähen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Us ein Regierungspräsident fragte, was denn gegen ihn vorliege, fagte ihm ein herr von der Regierung: "Das weiß ich selber nicht." Ueber die Besetzung der Landratsämier entscheidet die sozialdemo-Neber die Besetung der Landratsämler entscheidet die sozialdemokratische Fraktion. Wenn der sozialdemokratische Medner meint, hinter ihm stünden die Kräfte für den Biederausdau, so muß doch gesagt werden, daß sich die Sozialdemokratie im Neichstage der dad durch gegebenen Pflicht entzogen hat und in die Opposition gedangen ist. (Unruhe dei den EVD.) Arbeiterschaft und Sozialdemokratie im Arbeiterschaft und Sozialdemokratie im Meichstage der das der ist. (Unruhe dei den EVD.) Arbeiterschaft und Sozialdemokratie im Meichsterschaft und Meichsterschaft und Sozialdemokratie im Meichsterschaft und Meichst tratie find nicht basselbe. Die Arbeiterschaft muß fich namentlich bon dem Irrwahn der internationalen Berdrüderung und den dem Irrwahn des Alassenkampfes abwenden. Nicht Haß, sondern natio-naler Aufbau und Bersöhnung können uns helfen. Der pom-mersche Landarbeiterstreik ist ein Beispiel für einen politischen merige Sandarbenerstren ist ein versprei ihr ein in dolinigen Streif, den die Berliner Verbandsleitung angezeitelt hat. (Unruhe bei den SPD. und Ruse: Sprechen Sie doch über den Liesentreit!" — "Berleumdung!" — Präsibent Leinert weist dieses Wort zurüch.) Das Voll lechzt nach Autorität und Ordnung. Besteien wir es von der Parteileidenschaft und wir werden wieder ein einiges, aufstrebendes Voll. (Lebhafter Veisall rechts.)

Leib (USP): Nach dem Ausgang der Bahlen hat die Lan-desversammlung überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Borwürfe gegen unsere Haltung im Wahlkampf lassen wir und nicht machen. Der Wahlkampf ist dazu da, dem Bolke die Wahr-heif zu sagen und es über unseren Klassenstaat aufzuklären. Der Ruftusminister jollte einmal in feiner Berwaltung gründlich bie muffige Luft ber Geheimrate austreiben. Wir begrugen es, bak der Wohlfahrtsminister sich der Nieter angenommen hat. Er sollte dem reaktionären Wohnungsberband endlich das Lebenslicht aus-blasen. Die Polizei muß Aufgabe der Gemeinde werden. Für die Behauptungen Heines, daß die Unabhängigen im Solde der Entente ständen, ist nicht der geringste Beweis erträcht. Ihre Aufaabe, Breuben die Berfassung zu geben, hat die Landesber-Aufgabe, Freugen die Versallung zu geben, hat die Landesber-fammlung nicht gelöst, und wenn sie so weitermacht, wird es nie geschen. Gegen die Landräte hat sie nur zu wenig getan. Mir erheben aber Einspruch dagegen, daß ein Mann wie Noske Oberpräsident wird. Nach dem Ausfall der Wahlen hat die Noskepolitik vollkommen Schiffbruch erlitten, so ist seine Er-nennung eine Provokation der Arbeiterschaft. Der 800 000-Mark-Honds zur Bekämpfung des Berbrechertums ist lediglich ein Spihelfonds. Welche Stellung hat eigentlich ber Staats-tommissar für die öffentliche Sicherheit? Bisher machte er eigene Wolitik. Der Pommeriche Landbund siellt sich den industriellen Godarsmachern würdig an die Seite. Die Klassenjustiz seierte Orgien, namenisich im Ruhrrevier. Das Schlimmste ist die Freisprechung der Marburger Mörderbande. Zwischen Ausberntern und Ausgebeuteten gibt es feine Berfohnung. Der Rlaffentampf wird zum Gogialismus führen.

Danach wird die Besprechung abgebrochen. Das Saus ber-weist eine Anzahl Keinerer Borlagen an die entsprechenden Ausschüsse. Für das Lehrerbesoldungsgeset wird ein beionderer Ausichuß gebilbet.

Brafibent Leinert gibt barauf eine Erklarung gegen bie in ber Breffe geaußerte Auffaffung ab, daß er die Nachprufung der Besoldungsvorlage zuungunsten der Beamten verschleppt habe. Gegen die damit verbundenen Vorwürfe der "Deutschen Tagesgeitung" fich zu verwahren, halt ber Brafibent für unter feiner

Danach vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr. Weiter-beratung des Haushalts. — Schluß 6% Uhr.

#### Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

hamburg und Umgegend. Gin Schiedefpruch über Tenernugszulagen im Tabat= gewerbe.

Bon ber Cauleitung bes Tabafarbeitetber-banbes (Gau 1) wird uns geschrieben: Im Oftober 1919 unterbreiteten die Zentralvorstände der Tabakarbeiterberbande dem Zentralvorstand des Reichsberbandes deutscher Zigarrenhersteller einen Antrag zwecks Abschlusses eines Reichstarisvertrages für bie Ligarrenherstellung. Gleichzeitig wurde ein diesbezüglicher Entwurf eingereicht. In den folgenden äußerst langwierigen Berhandlungen mußten erhebliche Widerstände, die hauptsächlich von einem einfluhreichen Teil der Arbeitgeber gegen den Ab-